

Der 'PDS-Richtungsstreit' und die Strategie der PDS bis zu ihrem 5. Parteitag

Rüdiger Dambroth

1996 war das Jahr des 'Richtungsstreits' der PDS, und der Verlauf ihres 5. Parteitags vom 17.-19. Januar 1997 in Schwerin deckte schonungslos zahlreiche Fehlbeurteilungen in den Medien über diesen 'Richtungsstreit' auf. „PDS-Richtungsstreit spitzt sich zu“,¹ war noch wenige Tage vor Beginn des Parteitages zu lesen. Aber die Einschätzung, daß die „PDS zerrissen zwischen Tolerieren, Opponieren und Koalieren“² sei, hat der Parteitag widerlegt. Dies zeigte sich auch am Beispiel der Person André Brie, der als Vorstandsmitglied und Leiter des Wahlbüros der PDS noch im November 1996 für völlig isoliert in der Partei bezeichnet wurde.³ Auf dem Parteitag in Schwerin konnte Brie jedoch bei den Wahlen zum Vorstand der PDS mit 56,94% das beste Ergebnis auf der Männerliste erringen.⁴

Viele Beobachter und selbst die Hauptakteure, Lothar Bisky und Gregor Gysi, zeigten sich angesichts des so harmonisch verlaufenden Parteitages überrascht.⁵ Mit „kräftigen Kopfnüssen in Form geballter Gegenstimmen“⁶ habe Bisky vor dem Parteitag fest gerechnet, um dann doch mit deutlich mehr Stimmen als vor zwei Jahren

die Heimreise nach Berlin antreten zu können (87,62% 1997 gegenüber 82,77% 1995). Ein 'Richtungsstreit' fand auf dem Parteitag kaum statt. Die „Reformer in der PDS setzten sich durch“,⁷ lauteten dementsprechend zahlreiche Schlagzeilen nach Abschluß des Parteitages. Die deutliche Diskrepanz zwischen der von den Medien aufgenommenen Richtungsstreit-Debatte im Sommer und Herbst 1996 in der PDS und dem letztlich unspektakulären Verlauf des 5. Parteitages machen eine genauere Untersuchung der Hintergründe dieses Widerspruchs erforderlich. Die sich in diesem Zusammenhang aufdrängende Frage lautet: Trifft die Vermutung zu, daß der 'Richtungsstreit' der PDS 1996 von der Parteitagspitze berechnend in Szene gesetzt wurde, um auf dem Parteitag im Januar 1997 im Hinblick auf die Wahlen 1998/99 in der Außenwirkung auf mögliche Koalitionspartner einen deutlichen Schritt in Richtung Koalitionsefähigkeit zu dokumentieren?

Als erstes Indiz für die Richtigkeit dieser in der Frage enthaltenen These kann die Wahl des Austragungsortes gelten. Denn nach der 2. Tagung des 4. Parteitags in Magdeburg im Januar 1996 war Schwerin erst der zweite Parteitag der PDS außerhalb Berlins. Die mecklenburgische Hauptstadt war dabei natürlich kein zufällig gewählter Austragungsort. „Ihr seid hier wegen unserer Schweriner Verhältnisse“, rief der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, seinen Parteitagsgenossen in Schwerin zu und machte den Delegierten anschließend in Versuchung der Macht nach den „Magdeburger Lehrjahren“⁸ Appetit auf mehr: „Das politische Petting mit der SPD wird im Grunde als die höchstmögliche Form der politischen Befriedigung angesehen. Aber es gibt

¹ Vgl. „Die Welt“, vom 10. Januar 1997.

² Vgl. Germis, Carsten: PDS zerrissen zwischen Tolerieren, Koalieren und Opponieren, in: „Der Tagesspiegel“ vom 4. November 1996.

³ Vgl. Fichter, Tilman: Aus dem Glashaus DDR, Rezension zu: Brie, André: Ich tauche nicht ab. Autobiographie, Berlin 1996, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. November 1996.

⁴ Vgl. „Disput“ Nr. 1/97, S. 69.

⁵ Vgl. Augstein, Jakob: Partei der sauren Drops, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. Januar 1997.

⁶ Vgl. Rogge, Joachim: Plötzlich waren die Drohungen vergessen, in: „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Januar 1997.

⁷ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. Januar 1997 und „Schweriner Volkszeitung“ vom 20. Januar 1997.

⁸ Vgl. Cleven, Thoralf: Parteitagspitze liebäugelt mit der Macht, in: „Ostsee-Zeitung“ vom 18. Januar 1997; die Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt unter Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) ist partiell auf die Duldung und Unterstützung der PDS angewiesen.

noch mehr als Petting ...“.⁹ Damit wies Holter seine Partei unmißverständlich darauf hin, daß es für die PDS in Zukunft nicht nur auf das Tolerieren, sondern verstärkt um das Mitregieren ankommen wird.

Im folgenden werden die wesentlichen innerparteilichen Diskussionsstandpunkte im 'Richtungsstreit' der PDS rekapituliert, um aufzeigen zu können, daß sich die Reformer nicht in Kampfabstimmungen auf dem Parteitag durchgesetzt haben, sondern daß die wesentlichen Entscheidungen bereits im Vorfeld abgeklärt waren. Der 'Richtungsstreit' war dabei ein notwendiges Element innerhalb der strategischen Überlegungen der PDS-Führungsscrew, um in der Außenwirkung als eine demokratisch-pluralistische Partei zu erscheinen.

Rückblick auf die Inhalte und den Verlauf des 'Richtungsstreits'

Hans Modrow sah die internen Strategiediskussionen in seiner Partei auf zwei wesentliche „Nebenschauplätze“¹⁰ verengt: Es handelte sich zum einen um die Frage des Mitregierens und zum anderen ob die PDS eine bundesweite linke sozialistische Partei bleiben oder zum SPD-Ostersatz in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft werden soll, womit sich die Frage einer Westausdehnung erübrigen würde.¹¹ Neben diesen von Hans Modrow genannten innerparteilichen Denkanstößen, ist auch die Kritik André Bries an dem noch nicht eindeutig geklärten Verhältnis seiner Partei zum Grundgesetz zu nennen. Eng zusammen hängt damit die Frage, nach der innerparteilichen Beurteilung des SED-Unrechts, sowie die Haltung der PDS zu den Mauerschützenprozessen. Brie hat damit im August 1996 den 'Richtungsstreit' kräftig angeschoben. Seine Äußerungen haben den innerparteilichen Wahlkampf für

den ein halbes Jahr später stattfindenden 5. Parteitag eröffnet. Bevor in diesem Beitrag auf die interne Auseinandersetzung um eine mögliche Regierungsbeteiligung der PDS eingegangen wird, soll zunächst auf den 'Richtungsstreit' um den bundesweiten Anspruch der Partei und ihre Stellung zum Grundgesetz erläutert werden.

Westausdehnung oder ostdeutsche Volkspartei? - Diskussionen um den „Brief aus Sachsen“

Nach Aussagen von Hans Modrow hat sich die PDS seit dem „Anschluß“ der DDR an die BRD sowie den Wahlkämpfen 1990 als bundesweite Partei verstanden und bekannt.¹² Und obwohl die PDS immer noch als ein Relikt der DDR behandelt wird, ist die Partei für Gregor Gysi längst „ein Produkt der Bundesrepublik“,¹³ das auf Dauer nicht als ostdeutsche Regionalpartei existieren kann.¹⁴ Der „Brief aus Sachsen“¹⁵ weist im Gegensatz dazu darauf hin, daß dieser gesamtdeutsche Anspruch auch über fünf Jahre nach der Einheit nicht der Realität entspricht, und die Westausdehnung der PDS objektiv gescheitert sei. Nach dem „strategischen Vorbild der CSU“ - nicht konservativ-bayerisch, sondern „links-ostdeutsch“- brauche die PDS keine Weststrukturen, um bundesweit als „ostdeutsche Volkspartei“ Einfluß entfalten zu können. Die PDS müsse sich beispielsweise verstärkt dem „bodenständigen Kleinunternehmertum“ öffnen und vor allem ihre Haltung zur Eigentumsfrage normalisieren.¹⁶ Im Westen haben diese Positionen von Christine Ostrowski und Ronald Weckesser „Erstaunen“ und „zunehmende Empörung“ hervorgerufen.¹⁷ Sogar von einem „Angriff

⁹ Vgl. Koslik, Stefan: Zwischen Broiler und Flügel-Ragout, in: „Schweriner Volkszeitung“ vom 18. Januar 1997.

¹⁰ Vgl. Modrow, Hans: PDS - auf zu neuen Ufern?, in: Landesinfo PDS/ Linke Liste, Informationen des Landesverbandes Niedersachsen, 4/ 96 (Juli-September), S. 3.

¹¹ Ebenda.

¹² Vgl. Modrow, Hans: PDS - auf zu neuen Ufern?, a.a.O., S. 3.

¹³ Vgl. „taz“ vom 23. September 1994.

¹⁴ Vgl. Nawrocki, Joachim: Ganz normal links?, in: „Die Zeit“ vom 28. Oktober 1994.

¹⁵ Vgl. Ostrowski, Christine/ Weckesser, Ronald: „Brief aus Sachsen“. Für einen eigenen Weg statt >links von der SPD<, abgedruckt in: „junge Welt“ vom 8. Mai 1996.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. „Offensiv“ 6/ 96, S. 45.

auf die PDS“¹⁸ war die Rede. Die Verfechter einer Westausdehnung der PDS wollen die Partei aus ihrer Stigmatisierung als Ost- und Altpartei herausholen. Die Führungsriege um Bisky, Gysi und Brie gibt dabei die Zielrichtung vor: Die PDS dürfe sich im Osten nicht einigeln und Rückschläge sollten die Partei nicht von dem eingeschlagenen Weg abhalten.¹⁹ Aber die Westausdehnung wurde bislang nur halbherzig geführt, was auch westdeutsche Landesverbände beklagen. Selbst Mitglieder in den westlichen Orts- und Landesverbänden stehen einer Westausdehnung unter Beteiligung der PDS an Wahlen sehr skeptisch gegenüber, da die finanzielle Ausstattung und die dortige geringe Mitgliederzahl ein erfolgreiches Abschneiden von vornherein nahezu ausschließen würden. Erst solle außerparlamentarisch eine breitere Resonanz errungen werden, bevor man den Gang an die Wahlbörse wagen könnte. Die Westausdehnung der PDS an sich wird (aus eigenen Existenzgründen) natürlich befürwortet, da sonst der grundlegende Charakter der PDS verändert werde und „der Aufbruch des Westaufbaus der PDS schwersten Schaden zufügen und jegliche langfristige Perspektive nehmen würde“.²⁰

„Es wird ein langer Prozeß werden, bis PDS-Ost und PDS-West wirklich zusammengewachsen sind“.²¹ Und „das Problem für den Westaufbau der PDS liegt im Westen verborgen“.²² Diese beiden Äußerungen

von PDS-Mitgliedern aus Hannover beziehungsweise Bremen verdeutlichen, wie zurückhaltend die Erfolgsaussichten einer Westausdehnung der PDS in den eigenen Reihen beurteilt werden. Zu viele Strömungen versuchen im Windschatten der im Osten großen PDS, ihre politischen Ziele und Vorstellungen unter dem Namen PDS im Westen einzubringen. Dafür ist die Parteiführung in Berlin immer weniger bereit, Gelder zur Verfügung zu stellen, was wiederum die Möglichkeiten im Westen einschränkt. Zwar wird das Prinzip der „offenen Listen“ von der PDS-Führung grundsätzlich gelobt, dennoch drängt sie darauf, das Profil der Partei insbesondere bei Wahlen zu stärken, indem man im Westen und Osten nach Möglichkeit nur PDS-Mitglieder auf Wahllisten setzen sollte. André Brie sagt dazu, daß man selbstverständlich mit der DKP und anderen linken Kräften zusammenarbeiten werde, aber Wahlen seien eben eine ganz spezifische Form des Wettbewerbs und danach sollten Mitglieder anderer Parteien nicht mehr auf Listen der PDS kandidieren.²³ Bislang erschwert die Gleichsetzung der PDS mit Linksradikalen und Autonomen in der öffentlichen Wahrnehmung besonders im Westen den Akzeptanzausbau der Partei.²⁴

Über die Art und Weise der Beteiligung an Wahlen herrscht Streit zwischen Berlin und einzelnen westdeutschen Ortsverbänden. Ein Beispiel dafür war die Kommunalwahl in Niedersachsen vom 15. September 1996. Einige PDS-Landesverbände empörten sich gegen den aus Berlin an die westlichen PDS-Landesverbände delegierten Vorstandsbeschuß, man solle eigenständig als PDS auftreten, wovon auch die finanzielle Ausstattung der Kandidaten im Wahlkampf abhängig gemacht werden sollte. Der Landesverband Hannover dagegen wollte mit Zählgemeinschaften und einer Listenver-

¹⁸ Vgl. Landesinfo PDS Linke/ Liste 3/ 96 (Mai Juni), S. 5.

¹⁹ So Gregor Gysi, in : „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. September 1996.

²⁰ Vgl. „Offensiv“ Nr. 6/ 96, S. 45.

²¹ Vgl. Landesinfo Linke/ Liste PDS - Niedersachsen 3/ 96, (Mai-Juni), S. 12; das „junge PDS-Mitglied“ Dorothee Menzner aus Niedersachsen, die in Schwerin zum Vorstandsmitglied gewählt wurde, berichtete vom Bundesparteirat (vom 04.05.'96, ca. 70 Mitglieder), der sich mit der Vorbereitung auf den 5. Parteitag befaßte. Es sei für sie nicht ganz leicht gewesen, mit „*Menschen zusammenzuarbeiten, die (mir) eine Reihe von Jahren an Erfahrung voraus haben*“.

²² So ein Mitarbeiter der PDS-Bremen auf meine Frage, wie es um den Westaufbau der PDS

nach den letzten Bürgerschaftswahlen bestellt sei.

²³ Vgl. „Neues Deutschland“ (Hrsg.): „Wie macht sich die PDS nicht überflüssig?“, S. 26.

²⁴ Vgl. dazu PDS-Bremen: Rundbrief 8/ November 1996, S. 6: „*Schämt euch*“ und „*PDS-Bratwurst eß ich nicht*“.

bindung unter Beteiligung verschiedener linker Gruppierungen ähnlich wie in Braunschweig und anderen Städten ins Rennen gehen.²⁵ Erst nach heftigen Protesten lenkte Berlin ein, wobei die Zuweisung von (nur) 25.000 DM weit unterhalb der westlichen Erwartungen blieb.²⁶

Offenbar sind die Beschlüsse der Ostberliner Parteispitze im Westen nicht so leicht durchzusetzen wie im Osten. Die „Kommandogewalt“, das Prinzip „law and order“, wie Richard Schröder das „Durchstellen“ von der Parteispitze bis zur Basis beschreibt,²⁷ weist trotz der PDS-Mitglieder, die quasi als Aufbauhilfe aus den neuen Bundesländern in den westdeutschen PDS-Verbänden vertreten sind, noch einige Lücken und Widerstände auf. Der Protest richtete sich offen gegen den fernab vom eigentlichen lokalen und landespolitischen Geschehen stattfindenden „zentralistischen Versuch zu disziplinieren und reglementieren“.²⁸ „Mal ganz davon abgesehen, daß der PDS-Partei Vorstand kaum in der Lage sein dürfte, unsere kommunalpolitische Situation richtig einzuschätzen, ist es schon bezeichnend, wie Geld als Machtmittel zur Durchsetzung eigener Ziele eingesetzt wird. Und das unter Genossen“.²⁹

André Brie und Michael Chrapa zählen in ihrer Analyse zum Wählerpotential der PDS eine lange Liste von westdeutschen Städten auf, die als „Hochburgen“ der PDS gelten sollen.³⁰ Allerdings kann aus dieser

Auflistung nur ein Wunschpotential abgelesen werden, daß die verschiedensten linken Gruppierungen sich in der PDS verschmelzen könnten. Mit der gegenwärtigen Realität hat dies wenig zu tun. Beispielsweise hat die PDS in der aufgeführten „Hochburg“ Braunschweig bei der Kommunalwahl vom September 1996 in Niedersachsen nicht einmal als 'PDS' kandidiert. PDS-Mitglieder waren lediglich auf einer 'LL'-Listenverbindung (Personenbündnis von DKP und PDS-Mitgliedern) vertreten - und dies ohne Erfolg.³¹ Zuvor hatte sich die PDS bei der Kommunalwahl in Bayern im März 1996 lediglich in Nürnberg dem Ringen um Stadtratsmandate gestellt - ebenfalls vergeblich.³² Nach dem 5. Parteitag setzt die PDS-Parteispitze dennoch weiterhin auf eine Westausdehnung der Partei, denn „das Schicksal der Sozialhilfeempfänger im Ruhrgebiet könne der Partei nicht egal sein“, beschwor Gregor Gysi seine Genossen, zukünftig den Blick verstärkt nach Westen zu richten.³³

Neben den Diskussionen um die Westausdehnung der PDS nahm die Stellung der Partei zum Grundgesetz einen breiten Raum in der Richtungsstreit-Debatte ein. Die PDS müsse sich eindeutig zum Grundgesetz stellen und in der Bundesrepublik „ankommen“, mahnte André Brie.³⁴ Die

Bremen, Hamburg, München, Nürnberg, Augsburg, Fürth, Regensburg, Würzburg, Kassel, Marburg, Gießen, Wiesbaden, Frankfurt/Main, Offenbach, Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Tübingen, Aachen, Köln, Wuppertal, Düsseldorf, Dortmund, Kiel, Lübeck, Hannover, Braunschweig, Göttingen, Trier, Mainz, Worms, Ludwigshafen, Saarbrücken.

²⁵ Vgl. „Offensiv“ 6/96.

²⁶ Die hannoversche PDS konnte keine flächendeckende Kampagne über das gesamte Stadtgebiet durchführen, jedoch gelang es ihr, zum erstenmal im Rat einer Landeshauptstadt in den alten Bundesländern vertreten zu sein; vgl. Pressedienst der PDS Nr. 38 vom 20. September 1996, S. 6.

²⁷ Vgl. Schröder, Richard: Die PDS- zur Struktur einer postkommunistischen Partei, S.1-5 (Manuskript).

²⁸ Vgl. „Offensiv“ Nr. 6/ 96, S. 44.

²⁹ Vgl. Landesinfo PDS/ Linke Liste Niedersachsen 4/96, S. 7.

³⁰ Vgl. Brie, André/ Chrapa, Michael: Wählerpotential der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten, Berlin, 21. November 1996, S.6; explizit werden folgende Städte genannt:

³¹ Vgl. Landesinfo der PDS/ Linke Liste, Informationen des Landesverbandes Niedersachsen 5/ 96 (Oktober-Dezember), S. 8.

³² Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), S. 13.

³³ Vgl. Fehrle, Brigitte: PDS folgt dem Ruf der Macht und soll nach Westen blicken, in: „Berliner Zeitung“ vom 20. Januar 1997.

³⁴ Vgl. Brie, André: „Die SPD hätte uns gern als As im Ärmel“, in: „Stern“ Nr. 32, vom 1. August 1996; Ders.: „Wir laufen Gefahr, eine

Zeitung „Neues Deutschland“ kommentierte daraufhin, für Brie sei die Bundesrepublik demokratischer als die DDR.³⁵ Brie wurde für seine Äußerungen zwar innerparteilich scharf kritisiert, aber Mutmaßungen, wonach André Brie von der Erfüllung seiner Forderungen seinen Verbleib in der PDS knüpfen wolle, dementierte er umgehend,³⁶ was Beobachter der PDS nicht davon abhielt, Brie als danach völlig isoliert darzustellen.³⁷ Bries Äußerungen zur DDR-Geschichte und zur angestrebten Haltung seiner Partei zum Grundgesetz waren allerdings nicht der Anstoß zu diesen innerparteilichen Streitigkeiten.³⁸ Die Diskussionen erinnern nicht nur an die Szenarien vor dem 4. Parteitag vom Januar 1995. Manche Beurteilungen und Wendungen kommen bereits in einer Rede Gregor Gysis im Vorfeld des 2. Parteitags zum Ausdruck.³⁹

Manche Berichterstatter machen es sich zu einfach und unterliegen einer Fehlbeurteilung, wenn sie der PDS und Teilen von ihr unterstellen, sie lehne es grundsätzlich ab,

linke Sekte zu werden“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./ 11. August 1996

³⁵ Vgl. „Neues Deutschland“ (Hrsg.): „Wie macht sich die Partei nicht überflüssig?“, S. 7f.

³⁶ Vgl. „Berliner Morgenpost“ vom 11. August 1996.

³⁷ Vgl. Fichter, Tilman: Aus dem Glashaus DDR, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. November 1996.

³⁸ Im Januar 1995 trat das damalige Vorstandsmitglied Karin Dörre aus der Partei aus, da sich die PDS ihrer Meinung nach nicht genügend mit der SED-Vergangenheit auseinander gesetzt hat, vgl. „FAZ“, vom 23. Januar 1995; Die Tatsache, daß an der 1992 eingesetzten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (unter Vorsitz von Rainer Eppelmann, CDU) auch Vertreter der PDS teilnahmen, haben einige orthodox-kommunistisch ausgerichtete Mitglieder der PDS zum Anlaß genommen, aus der PDS auszutreten. Die Enquete-Kommission war in deren Augen nur der „Eppelmannsche Geschichtsfälscherzirkel“, vgl. Mitteilungen der KPF 9/96.

³⁹ Vgl. Gysi, Gregor: Die PDS steht am Scheideweg, in: „Pressedienst der PDS“ Nr. 24/ 91 vom 14. Juni 1991, S. 4-8.

sich positiv zum Grundgesetz zu stellen.⁴⁰ Die PDS selbst konstatiert, sie hätte dies in den vergangenen Jahren längst getan, und nur deshalb lehne sie fortwährende Vergangenheitensdebatte ab.⁴¹ Auch Lothar Bisky stellt klar, daß für ihn „das Grundgesetz die Geschäftsgrundlage des Handelns ist“,⁴² damit wird die Argumentation anderer Parteien gegenüber der PDS komplizierter. Demgegenüber betont der Sprecher der KPF, Michael Benjamin, daß er und die PDS dieses System weiterhin „auf allen zur Verfügung stehenden Wegen bekämpfen“ werden, jedoch widerspreche das Ziel einer sozialistischen Politik „in keinem Fall dem Grundgesetz der Bundesrepublik“.⁴³ Die Parteispitze ist jedoch bemüht, nach außen die Meinung der KPF als Minderheitsmeinung innerhalb der PDS darzustellen und gleichzeitig ihre Grundgesetz-Konformität zu dokumentieren, indem sie in neueren Veröffentlichungen besonderen Wert auf die Wortwahl in zukünftigen Wahlkämpfen legt. Weniger vom „Umstürzen von Verhältnissen“ solle zukünftig die Rede sein, als vielmehr vom „Beitrag der PDS zu einem weitreichenden Werte- und Einstellungswandel in Deutschland“.⁴⁴ Außerdem werden immer häufiger vermeintlich sozialistische Ideale ausgerechnet mit Hilfe des Grundgesetzes offensiv verteidigt, indem man beispielsweise vermeintliche Angriffe der „konservativ-neoliberalen Regierungsherrschaft“⁴⁵ gegen das Sozialstaatsgebot (Art. 20GG) benennt, und Art. 14, Absatz 2 des Grundgesetzes zitiert wird, wonach der Gebrauch von Eigentum zugleich dem

⁴⁰ Vgl. Baier, Ulf/Klein, Oliver et.al.: „Verfehlte Bündnispolitik“, in: „Berliner Stimme Nr. 20 vom 23. November 1996, S. 6.

⁴¹ Vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 28. November 1996.

⁴² Vgl. Opitz, Olaf: Über den Graben, in: „Focus“ Nr. 50 vom 9. Dezember 1996, S. 74.

⁴³ So Michael Benjamin bei dem Versuch, auf der Podiumsdiskussion -Selbstverständnis der PDS - zu André Brie Konsens herzustellen.

⁴⁴ Vgl. Brie, André/ Chrapa, Michael: Wählerpotential der PDS, S. 15.

⁴⁵ Vgl. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der PDS. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 307ff.

Wohle der Allgemeinheit dienen soll.⁴⁶ Als ein weiteres Beispiel für diese Strategie der PDS kann angefügt werden, daß in Sachsen-Anhalt die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte die SPD belehrte, es handelte sich bei dem von der CDU angestrebten Mißtrauensvotum gegen die SPD-Minderheitsregierung Reinhard Höppners um ein völlig verfassungskonformes Verfahren. Die wütenden Beschimpfungen der SPD in Richtung des CDU-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten, Christoph Bergner, würden nach Ansicht von Petra Sitte lediglich auf das eigenartige Verfassungsverständnis der SPD hindeuten.⁴⁷

Die westdeutschen Bundestagsabgeordneten der PDS bekommen am ehesten zu spüren, daß die PDS keineswegs eine gesamtdeutsche Partei mit einheitlichem Rechtsverständnis in ihren Reihen ist. Der aus West-Berlin stammende PDS-Bundestagsabgeordnete, Manfred Müller (parteilos), kritisierte scharf die PDS-Äußerungen (Uwe-Jens Heuer: „politisch motivierte Siegerjustiz“, „Rachejustiz“) gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Mauerschützenprozessen, das die Verurteilungen von Offizieren und ihre Verantwortung für Maueropfer bestätigte.⁴⁸ Er fühlte sich zumindest in dieser Frage völlig isoliert in der Partei.⁴⁹ In dieser Frage stand Müller tatsächlich nicht nur gegen die

PDS-Basis, sondern auch gegen den Vorstand der Gesamtpartei sowie gegen die Landesvorsitzenden der PDS.⁵⁰ So hatte Lothar Bisky nur wenige Wochen vor der Bestätigung durch das Bundesverfassungsgericht den wegen mehrfachen Totschlags verurteilten ehemaligen DDR-Grenztruppenchef Klaus-Dieter Baumgarten auf dem Landesparteitag der PDS-Brandenburg am 20. Oktober 1996 unter stürmischem Beifall der Delegierten „als spätes Opfer des Kalten Krieges“ herzlich begrüßt und zugesagt, daß sich „die ganze Partei für die Rettung seiner Ehre einsetzen werde“.⁵¹ Damit habe Bisky, der sich stets bedachtsam und abwägend gebe, nach Ansicht seiner Kritiker sein wahres Gesicht gezeigt, indem er die Tradition des Klassenkampfes aufrechterhalten wolle.⁵² Am Tag nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts wurde Baumgarten dann erneut wegen einer vom Landgericht Berlin gesehenen Fluchtgefahr verhaftet.⁵³ In einem „Solidaritätsbrief“ leistete daraufhin der PDS-Landesverband Brandenburg

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. November 1996.

⁴⁸ Vgl. Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 12. November 1996, in dem die Beschwerden gegen bereits erfolgte Verurteilungen in Mauerschützenprozessen abgewiesen wurden; das Rückwirkungsverbot des 103 GG wurde dabei aufgehoben, da Dauerfeuer auf einen unbewaffneten Flüchtling „schwerstes Unrecht“ und jeder „Rechtfertigung entzogen“ sei. Damit wurden in der DDR „die in der Völkerrechtsgemeinschaft allgemein anerkannte Menschenrechte in schwerwiegendster Weise mißachtet.“, vgl. dazu auch „Die Welt“ und die „taz“ vom 13. November 1996.

⁴⁹ Vgl. „Wochenpost“ vom 28. November 1996, eine Mandatsniederlegung lehnte Müller hier jedoch ausdrücklich ab!

⁵⁰ Während die Vertreter von der CDU/CSU, SPD und Bündnis'90/ Die Grünen die Karlsruher Entscheidung begrüßten, sah der Bundesvorstand der PDS dem Urteil „eine vertane Chance zur Versöhnung.“ Damit werde das Verbot der rückwirkenden Anwendung von Strafrecht für DDR-Bürger ausdrücklich aufgehoben. Soldaten und Verantwortungsträger der DDR seien nicht Täter, sondern Opfer (des Kalten Krieges); vgl. „Neues Deutschland“ vom 14. November 1996; Damit schloß sich der Vorstand einer Erklärung von Bisky, Gysi und Modrow vom Vortag an, vgl. „Neues Deutschland“ vom 13. November 1996.

⁵¹ Diese Äußerungen Biskys stehen im krassen Gegensatz zu seinen Beteuerungen, wonach die Opfer des Repressionsapparates Respekt und eine Entschuldigung verdienen: „Wir dürfen die Unterdrückung in der DDR durch die SED und den Staat nicht nachträglich rechtfertigen“, sagte Bisky an anderer Stelle, vgl. Opitz, Olaf: Über den Graben, in: „Focus“ Nr. 50 vom 9. Dezember 1996, S. 74.

⁵² Vgl. Schwenke, Hans: Der Lack ist ab, in: „Der Stacheldraht“ Nr. 5/ 1996, Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. - Landesverband Berlin (Oktober /November 1996).

⁵³ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 14. November 1996.

Baumgarten Beistand. Durch die Verurteilung Baumgartens und anderer an der Grenze tätiggewesenen Personen werde exemplarisch jede „loyale Haltung zur DDR“ verurteilt und „der kalte Krieg personifiziert“.⁵⁴

Dem Berliner PDS-Abgeordneten Müller wurde hingegen wegen seiner Zustimmung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in seinem Wahlkreis (Berlin-Hohenschönhausen/Weißensee) vorgeworfen, er würde die „Positionen des Klassenfeindes“ vertreten. Damit wurde deutlich, daß die Mehrheit der PDS-Basis das Feindbild gegen die Bundesrepublik weiterhin in institutioneller und geographischer Hinsicht konserviert. Auf die Ankündigung Müllers, gegebenenfalls sein Mandat niederzulegen, wenn diejenigen, die die DDR glorifizieren wollen, nicht in den Hintergrund gedrängt werden, reagierte PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch gelassen: „Ein Baum fällt ja auch nicht gleich um, wenn mal ein Stück Borke abblättert“.⁵⁵ Inzwischen wurde deutlich, daß die Parteispitze auch diesen Streit für abgeschlossen und ausdiskutiert hält, ohne daß eine wirklich kritische Aufarbeitung des SED-Unrechts stattgefunden hat. Die Bundestagsgruppe der PDS hat sich rechtzeitig vor Weihnachten 1996 und dem anstehenden Parteitag auf eine gemeinsame Erklärung verständigt: Die DDR sei danach weder Rechts- noch Unrechtsstaat.⁵⁶ Die Strategie des PDS-Vorstandes ist daher eindeutig: Die zumindest nach außen dokumentierte positive Stellung zum Grundgesetz der Bundesrepublik gilt als Voraussetzung für eine von der Parteispitze ins Visier genommene Regierungsbeteiligung und Akzeptanz durch potentielle Koaliti-

onspartner. Um jedoch aus der bisher selbst verordneten Oppositionsrolle schlüpfen zu können, mußte der eigene Status Quo der PDS als Opposition hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Partei hinterfragt werden.

Übernahme von Regierungsverantwortung oder dauernde Opposition?

Die PDS bewertet dabei die Erfolgchancen einer möglichen Bereitschaft der Übernahme von Regierungsverantwortung unterschiedlich. Die Kommunistische Plattform sieht in der möglichen Übernahme von Regierungsverantwortung auf Landes- und später eventuell sogar auf Bundesebene die Gefahr, daß die Partei überflüssig wird.⁵⁷ Die PDS verliere an Profil, meint der Magdeburger Stadtverbandsvorsitzende Brüning, wenn sie eine Regierung stütze. Auch er sieht in dem Bestreben, Regierungsverantwortung anzupeilen, den Verlust an Reformwillen. „Verändern oder regieren“ stellen die Gegner einer Regierungsbeteiligung die Alternative auf,⁵⁸ die offenbar auch aus den Erfahrungen geringer Veränderungen nach Regierungswechseln in der Geschichte der Bundesrepublik herrührt. Größere politische Wenden sind in der Bundesrepublik eher die Ausnahme und nicht die Regel gewesen.⁵⁹ Aus dieser Kontinuität will die PDS ausscheren und keine weitere Partei dieser Couleur werden. Sie setzt auf die außerparlamentarische Oppositionsrolle. Aber selbst die vermeintlichen innerparteilichen Gegner einer Regierungsbeteiligung der PDS halten die Zukunft der PDS als reine Oppositionspartei für unwahrscheinlich.⁶⁰ Denn alle über längere Zeit im Bundestag vertretenen Parteien haben sich

⁵⁴ Vgl. Seils, Christoph: Kultursprünge, in: „Wochenpost“ Nr. 51 vom 12. Dezember 1996; inzwischen veröffentlichte u.a. die PDS Berlin-Weißensee Baumgartens Haftadresse in Berlin-Moabit und forderte zu Solidaritätsbriefen auf, vgl. Bezirksvorstand und Fraktion der PDS Weißensee (Hrsg.): „Weißensee transparent“ Nr. 12/ 1996.

⁵⁵ Vgl. „Berliner Morgenpost“ vom 7. Dezember 1996.

⁵⁶ Vgl. Pressedienst der PDS Nr. 52/ 96 vom 20. Dezember 1996, S. 12.

⁵⁷ Vgl. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 4/96, S. 6.

⁵⁸ Vgl. „Disput“ 8/96.

⁵⁹ Vgl. Schmidt, Manfred G.: Die Politik des mittleren Weges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/ 90 vom 23. Februar 1990, S. 23-31 hier S. 31.

⁶⁰ Vgl. Lieberam, Eckehard: Die PDS und der Integrations-Mechanismus des parlamentarischen Systems, in: „Marxistisches Forum“: Quo vadis PDS?, Heft 5, S. 13-16.

früher oder später als Koalitionspartner angeboten.

Im scheinbaren Widerspruch zu den konträr geführten Diskussionen an der Basis und in einzelnen Gruppierungen der PDS vollzogen die PDS-Landesvorsitzenden bei einer Klausurtagung im mecklenburgischen Sembzin im August 1996, an der auch Lothar Bisky und Gregor Gysi teilnahmen, einen wichtigen Schritt in Richtung Regierungsbeteiligungsbeschluß.⁶¹ Bereits dort wurde der 'Richtungsstreit' innerhalb der PDS abgeschwächt, indem Lothar Bisky die angebliche Auseinandersetzung mit André Brie mit den folgenden Worten herunterspielte: „Mit Brie sei man sich in 500 Fragen einig und vielleicht in dreien nicht“.⁶² André Brie, zunächst als 'Buhmann' hingestellt, wurde nach und nach von Bisky und Gysi in seinen Forderungen eingeholt, und das Parteivolk gehorcht nun ohne zu murren. Ein wahrer 'Richtungsstreit' war deshalb nicht zu erkennen, von einer Isolierung Bries konnte nicht die Rede sein. „Manches muß man eben erst beschließen und dann diskutieren, sonst wird das nie was.“⁶³ Die PDS setzt diese Forderung - ausgerechnet von Harald Ringstorff getroffen, der in Mecklenburg-Vorpommern mit der PDS als Koalitionspartner liebäugelt - in die Tat um. Die Führungsriege holte sich mit Druck und Rücktrittsandrohungen die Bestätigung ihres längst eingeschlagenen und beschlossenen Weges.

Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür lieferte der Beschluß des Bundesvorstandes der PDS vom 10. Juni 1996 zu „Grundsätze(n) und Ziele(n) der PDS bei Wahlen 1998/99“. Darin war zunächst lediglich von einem Vorstandsbeschluß die Rede. Nun wurde dieser erneut im Pressedienst-Antragsheft zum Bundesparteitag im Januar 1997 abgedruckt und in unveränderter

Form als „Antrag des Bundesvorstandes der PDS an den Bundesparteitag“ formuliert.⁶⁴ Die sechs Monate dazwischen dienten offensichtlich dazu, diesen Beschluß und die Bedeutung der parlamentarischen Präsenz der PDS auch im Bundestag in den Köpfen der Mitglieder zu verankern, damit er nun mit wenig Gegenwehr vom Parteivolk endgültig abgesegnet werden würde.⁶⁵ Wer diese Vorgänge kritisierte, gefährdete nach Auffassung der Parteispitze den Grundkonsens der Partei. Der Oppositionsbegriff wurde so definiert, daß selbst eine potentielle Regierungsbeteiligung nicht mit dem Oppositionsverständnis der PDS kollidiert.⁶⁶

Durch den Aufruf „In großer Sorge“ gab das 1995 aus der Taufe gehobene „Marxistische Forum“ der PDS seiner Besorgnis Ausdruck, daß sich die PDS durch Anpassung an die bestehenden Verhältnisse, vor allem aber in einer Regierung überflüssig machen könnte.⁶⁷ Lothar Bisky bestritt dies zunächst vehement und wies die Vorwürfe als unbegründet zurück. Im gleichen Atemzug bekundete er allerdings auch seinen Respekt vor den Unterzeichnern und fordert dazu auf, den politischen Dialog zu finden.⁶⁸ Zumindest bis in den Herbst 1996 hinein haben sich die Sorgen der 38 Unterzeichner des Gründungsauftrages des Marxistischen Forums zwar nicht verringert, aber gleichzeitig wird nach gemeinsamen Wegen in der PDS gesucht, das sozialistische Ziel und praktische Politik zu verbinden. Ein solidarischer Umgang der Mitglieder untereinander wird gefordert, von Rücktritten oder Abspaltungen ist keine Rede.⁶⁹ Auf dem 5. Parteitag hat die PDS bezüglich einer möglichen Regierungsbeteiligung Klarheit geschaffen und mit der

⁶¹ Vgl. „junge Welt“ und „Berliner Zeitung“ vom 24./25. August 1996.

⁶² Vgl. „Neues Deutschland“ vom 24./25. August 1996.

⁶³ Vgl. „Leipziger Volkszeitung“ vom 15. Juli 1996.

⁶⁴ Vgl. Pressedienst der PDS Nr. 50/ 51, vom 13. 12. 96, S. 2ff.

⁶⁵ Vgl. „Disput“ Nr. 1/97, S. 16ff.

⁶⁶ Vgl. „Disput“ Nr. 3/4, 1./2. Februarheft 1995, S. 27.

⁶⁷ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 18. Mai 1995.

⁶⁸ Vgl. Bisky, Lothar: Roß und Reiter nennen, in: „Neues Deutschland“ vom 18. Mai 1995.

⁶⁹ Vgl. „Marxistisches Forum“ Heft 10, November 1996, S. 1-3.

Annahme des Antrages „Grundsätze und Ziele für Wahlen 1998/99“ den Willen bekundet, nach dem 5. Parteitag aus ihrer Oppositionsrolle zu schlüpfen und nach den nächsten Wahlen Regierungsverantwortung in Bund und Ländern zu übernehmen.⁷⁰

Die Diskussionen wurden zwar streitig geführt, jedoch endeten sie nicht mit einer Richtungsentscheidung oder nennenswerten Konsequenzen der einen oder anderen Seite, vielmehr wird der von Bisky, Gysi und Brie längst eingeschlagene Weg, trotz der teilweisen wüsten Beschimpfungen und paradox erscheinenden Argumentationen, von allen Seiten mitgetragen. Zum einen wird der Feind in den eigenen Reihen ausgemacht, andererseits geht die Verbundenheit der KPF mit der PDS so weit, daß führende Mitglieder der KPF dazu aufrufen, in Zeiten einer möglich gewordenen Regierungsbeteiligung die PDS zu stärken und in der Partei zu bleiben, „um an der Basis, in Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie in Vorständen aller Ebenen einem zunehmenden Anpassungsdruck entgegen zu wirken.“ „Selbstverständlich“ - so war auch aus den Reihen der KPF und des Marxistischen Forums zu vernehmen - müsse man mit der SPD zusammenarbeiten, wo dies möglich ist, man „sollte sich nur keinen Illusionen hingeben“.⁷¹

André Brie gab zu bedenken, daß die PDS ohne die SPD nichts bewirken könnte. Dafür müßte sich jedoch auch die SPD ändern. Und Sahra Wagenknecht von der KPF forderte dazu auf, mit Linken zusammenzuarbeiten, „und wenn die SPD da mitmacht, dann ist es um so besser...“.⁷² Auch das

Marxistische Forum sieht zwischen Positionen der PDS, den linken Mehrheitspositionen in der SPD und in Bündnis'90/Die Grünen viele Übereinstimmungen in politisch-sachlicher Hinsicht.⁷³ Gregor Gysi, im 'Richtungsstreit' ein vermeintlicher Hauptgegner des „Marxistischen Forums“, mahnte an, daß man, um überhaupt etwas ändern zu können, zunächst die gegebenen Verhältnisse akzeptieren müsse. Dies hat Uwe-Jens Heuer, ein Mitbegründer des „MF“ bereits mehrere Wochen zuvor so ausgedrückt: „Diese Niederlage (gemeint war 1989/90) wie andere Realitäten -.- zur Kenntnis zu nehmen, sei die selbstverständliche Voraussetzung einer jeden Gegenstrategie.“⁷⁴ Vor dem Hintergrund derartig rundgeschliffener Klingen und grundsätzlicher Einvernehmlichkeiten wirkte der 'Richtungsstreit' tatsächlich eher wie ein inszenierter Sturm im Wasserglas.⁷⁵

Immer wieder wiesen Gysi und Bisky darauf hin, daß ihre Geduld mit vermeintlich Reformunwilligen am Ende sei. Bereits vor dem letzten Parteitag 1995 hatte Gysi damit gedroht, nicht für den Vorstand kandidieren zu wollen. Dies konnte jedoch bereits damals als „hohle Drohung“⁷⁶ gewertet werden, denn Gysi gehörte zum damaligen Zeitpunkt dem Vorstand gar nicht an und war als Chef der Bundestagsgruppe doch einer der Wortführer.⁷⁷ Ende November 1996 war es erneut Gregor Gysi, der vehement seine Positionen verteidigte und seine Person nur wenige Wochen vor dem 5. Parteitag in einem Interview mit dem PDS-Hausblatt „Neues Deutschland“⁷⁸ zur Dis-

⁷⁰ Vgl. Cleven, Thoralf: Parteispitze liebäugelt mit Beteiligung an der Macht, in: „Ostsee-Zeitung“ vom 18. Januar 1997; Vgl. auch Liebsch, Helfried: Bisky: Kein Rückzug in Schneckenhäuser, in: „Neues Deutschland“ vom 18./19. Januar 1997.

⁷¹ So Michael Benjamin, KPF-Sprecher und Mitbegründer des Marxistischen Forums, auf einer Podiumsdiskussion mit André Brie im November in Berlin-Hohenschönhausen unter dem Titel: „Selbstverständnis der PDS - Aufgaben und Perspektiven“.

⁷² Vgl. „Neues Deutschland“ (Hrsg.): „Wie macht sich die PDS nicht überflüssig?“, S. 5.

⁷³ Vgl. „Marxistisches Forum“ 5/96: Quo vadis PDS?, S. 12.

⁷⁴ Vgl. „UZ“ vom 11. Oktober 1996.

⁷⁵ Vgl. Preusker, Ingo: Alles nur Theaterdonner, in: „Wochenpost“ Nr. 4 vom 19. Januar 1995, S. 10.

⁷⁶ Vgl. Roll, Evelyn: Ein Fegefeuer der etwas anderen Art, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Januar 1995.

⁷⁷ Vgl. ebenda.

⁷⁸ Auch die KPF empfiehlt das „Neue Deutschland“, vgl. Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS: Kommunisten in der KPF, Juni 1995/ Nachdruck November 1996, S. 49.

position stellte.⁷⁹ Umgehend berichteten Agenturen über angebliche Austrittsgedanken Gysis. Eine „Abrechnung mit Genossen“⁸⁰ war aber bei genauer Betrachtung ebensowenig zu erkennen, wie der ernsthafte Wille Gysis, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Mit dem „Brief aus Berlin“⁸¹ ließ die übliche Solidaritätsbekundung mit Gysi nicht lange auf sich warten. Die Herausforderung, die „konservative Hegemonie zu brechen, eint alle Strömungen in der PDS“⁸², lautete darin die zentrale Aussage. Weiterhin forderten zahlreiche PDS-Politiker zur Geschlossenheit der Partei auf. Auch hier stand das Kalkül Gysis im Vordergrund, mit Druck auf das Parteivolk die Zustimmung für den eingeschlagenen Kurs der Parteiführung zu erlangen und gleichzeitig die Bedeutung der Statutenänderung herunterzuspielen. In der Außenwirkung zeigen derartige Statements möglichen Koalitionspartnern, daß sich in der Partei etwas tut, und die Parteiführung konsequent gewillt ist, den demokratischen Reformweg weiterzugehen. Gysi blieb bei seiner Aufforderung zum „Nachdenken“ allerdings sehr allgemein, nannte keine Namen und beschwor letztlich den Zusammenhalt der PDS, „die eine reelle Chance hat, in der Bundesrepublik an Einfluß zu gewinnen“. Bereits einige Wochen zuvor hatte Gysi erklärt, daß man schwieriges intellektuelles Potential nutzen und nicht vergraulen sollte.⁸³

Gysi sagte bereits 1991, für ihn sei wichtig, was von internen Auseinandersetzungen „bei ihm ankommt“.⁸⁴ Er, seit einigen Mo-

naten westlich verheiratet, wird von Berichterstattern am ehesten das Kultursprungzertifikat in Richtung Westen erteilt.⁸⁵ Doch nach einem meist medienwirksamen Absprung landete Gysi nicht im „rheinischen Kapitalismus“⁸⁶, sondern sicher wieder auf der östlichen Seite der früheren innerdeutschen Grenze.⁸⁷ Bei allen internen Streitigkeiten fällt auf, daß eine Trennung derzeit nicht zur Debatte gestellt wird. Schon im Sommer 1995 hat Gysi eine gemeinsame Linie zwischen den vermeintlichen Streithähnen - „Realos“ contra „KPF“, „Junge GenossInnen“ etc.- schlichtend vorgezeichnet: „Alle Teile in der PDS wissen, daß sie letztlich aufeinander angewiesen sind. Zusammen können wir etwas bewirken, getrennt sind wir ziemlich wirkungslos“.⁸⁸ Die auf dem Parteitag in Schwerin verabschiedeten Änderungen des Statuts lassen die Fäden im Parteivorstand, der laut Gysi an Profil und Professionalität gewinnen sollte,⁸⁹ besser zusammenlaufen.⁹⁰ Damit wird das „Heiligtum“ der PDS, der „Apparat“, gestärkt.

Beabsichtigte Außenwirkungen unterscheiden sich vom internen Streit, der aber ohne weitreichende Konsequenzen geführt wird. Es herrscht eine Pseudo-Streitkultur in der PDS. Die PDS selbst bringt Parallelen zu den Grünen ins Spiel, die ja auch mit antidemokratischen Vorwürfen konfrontiert wurden. Dabei wird das Ziel verfolgt, den politischen Werdegang der Grünen bis zum potentiellen Koalitionspartner für die SPD

allgemeinen und ein nicht näher genannter SPD-Abgeordneter im besonderen.

⁷⁹ Vgl. Gysi, Gregor: Nachdenken über die PDS und mich, in: „Neues Deutschland“ vom 26. November 1996.

⁸⁰ Vgl. „Leipziger Volkszeitung“, vom 27. November 1996, „Radio B 2“-Nachrichten (SFB) am 26. November 1996.

⁸¹ Vgl. „Brief aus Berlin“: Die PDS ist in eine neue Entwicklungsphase eingetreten, in: „Neues Deutschland“ vom 28. November 1996.

⁸² Ebenda.

⁸³ Vgl. Mitteilungen der KPF 11/96, S. 9.

⁸⁴ Vgl. Pressedienst der PDS 14/91, gemeint war in diesem Fall die „linke“ Öffentlichkeit im

⁸⁵ Vgl. Wiedemann, Charlotte: An den Steigbügel, in: „Die Woche“ vom 6. Dezember 1996; vgl. auch Pressedienst der PDS Nr. 46/96 vom 15. November 1996, S. 60ff.

⁸⁶ Vgl. Germis, Carsten: Der Kultursprung der PDS in den rheinischen Kapitalismus, in: „Der Tagesspiegel“ vom 4. November 1996.

⁸⁷ Vgl. Seils, Christoph: Kultursprünge, in: „Wochenpost“ Nr. 51 vom 12. Dezember 1996.

⁸⁸ Vgl. Interview in: „Neues Deutschland“ vom 28. August 1995.

⁸⁹ Vgl. Gysi, Gregor: Nachdenken über mich und die Partei, in: „Neues Deutschland“ vom 26. November 1996.

⁹⁰ Vgl. „Disput“ Nr. 1/97, S. 61ff.

auf die PDS zu übertragen. Teilweise ist es der PDS auch gelungen, dieses Bild in die Medienberichterstattung hineinzutragen und damit die Öffentlichkeit sowie Akteure anderer Parteien zu täuschen.⁹¹

Lothar Bisky, der über seine neuen Vorstandskollegen „nicht meckern“ mochte,⁹² war geradezu entzückt über den Verlauf des Parteitages. Da tat die vermeintliche Niederlage am Abschlußtag der Freude überhaupt keinen Abbruch. Im Gegenteil, sie war in gewisser Weise einkalkuliert. Denn Michael Benjamin scheiterte zwar als Vertreter der KPF knapp an einem Vorstandssitz (38%, 5 Stimmen fehlten), doch als Trostpflaster durfte die KPF ihre Rechte zur Entsendung eigener Delegierter zu Parteitag beibehalten. Dies wurde eben nicht mit 38% der Stimmen, sondern mit einer zwei Drittelmehrheit zugunsten der KPF beschlossen. Nicht Niederlagen bestimmten das Bild des Parteitages, sondern das Bestreben nach Harmonie und der Integration aller Gruppierungen in der PDS bestimmten den Schweriner Kongreß. Für die Außenwirkung war es der PDS-Führung lediglich wichtig, daß kein KPF-Mitglied auf dem Parteitag zu Vorstandsehren gelangte. Der 5. Parteitag der PDS hat aufgezeigt, daß die Partei funktioniert und den Wünschen der Vorstandsriege weitestgehend entsprochen hat. Nach Sahra Wagenknecht von der KPF, die bereits auf dem 4. Parteitag 1995 nicht mehr in den Vorstand der Partei gewählt wurde, schied nun auch Angela Marquardt von der „AG Junge GenossInnen“ aus dieser Führungsriege aus. Marquardt, die wegen ausschließlich persönlichen, nicht politischen Gründen nicht mehr für ein Vorstandsmandat kandidierte, sah sich wochen- und monatelang mit subver-

siv gestreuten Vorwürfen der Unfähigkeit auch aus Vorstandskreisen gegen ihre Person konfrontiert.⁹³ Außerdem wirft der Verfassungsschutz ihr seit langem vor, sie unterhalte Kontakte zur gewaltbereiten „linken Szene“.⁹⁴ Zwar zeigten sich die Parteitagdelegierten in Schwerin demonstrativ solidarisch mit Marquardt, dennoch werden die Kontakte der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Marquardt zum „autonomen Milieu“ als schädigend für das Image der Gesamtpartei im Hinblick auf ihre Reform- und Akzeptanzbestrebungen bewertet. Daß Marquardt nach dem 5. Parteitag nicht mehr Vorstandsmitglied ist, hat daher keinerlei negative Auswirkungen auf den inneren Frieden der Partei. Vielmehr ist sie damit - ähnlich wie Sahra Wagenknecht vor zwei Jahren - gewissermaßen aus der Schußlinie genommen und kann ihre Aktivitäten für die PDS mit weniger Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit durch den Verfassungsschutz verrichten, als dies in der Funktion einer Vize-Parteivorsitzenden möglich wäre.

Die PDS diskutierte auf dem Parteitag hauptsächlich ihre Strategie für die Wahlen 1998/99, doch soll ein neues Programm erst danach zur Jahrtausendwende in Angriff genommen werden. Bis dahin gibt das seit 1993 geltende Programm weiterhin Grund zu der Annahme, daß der wirkliche demokratische Reformwillen der PDS nur vorge-schoben ist. Auch der im Januar 1997 erschienene Kommentar zum Programm gibt lediglich Interpretationsangebote und soll für alle Teile der PDS lesbar und akzeptabel sein, wie Lothar Bisky in seinem Geleitwort feststellt.⁹⁵ Die sogenannte bunte Truppe aus Bisky, Gysi, Brie, Heym und anderen ist, wie die „Süddeutsche Zeitung“ feststellte, „(nur) der Schnittlauch auf der Suppe: schwimmt oben auf, verändert aber

⁹¹ Als Beispiel hierfür kann eine Karikatur aus dem Berliner „Tagesspiegel“, vom 26. August 1996 gelten, in der zwei identische und sich streitende Ehepaare - das eine von der PDS, das andere von den Grünen - dargestellt waren. Damit wurde die unterschiedliche ‚Streitkultur‘ der beiden Parteien ignoriert.

⁹² Vgl. Germis, Carsten: Über seinen Parteivorstand kann Bisky ‚nicht meckern‘, in: „Der Tagesspiegel“ vom 20. Januar 1997.

⁹³ Vgl. Pressedienst der PDS Nr. 52/ 96 vom 20. Dezember 1996, S. 2.;

⁹⁴ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1995, S. 62.

⁹⁵ Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. (Hrsg.): Zur Programmatik der PDS, S. 7ff.

den Geschmack und die Substanz nicht“.⁹⁶ Die Parteispitze versuchte, behutsam, konsequent und mit Erfolg der weiterhin sozialistisch geprägten Basis ihre Zielvorstellungen schmackhaft zu machen. Aber diese Strategie im medienwirksam ausgetragenen 'Richtungsstreit' wurde auch von einigen Beobachtern inner- und außerhalb der PDS frühzeitig durchschaut, was folgende Aussagen belegen können: „Meines Erachtens ist der Richtungsstreit längst entschieden zugunsten des Mitmachens, und das geht runter bis zur Basis“.⁹⁷ Und „im Grunde handelt es sich um ein Scheingefecht“.⁹⁸

Im 'Richtungsstreit' wurde die Rollen- und Aufgabenverteilung innerhalb der Führungsspitze der PDS ganz deutlich: Gregor Gysi, als Medien-Jongleur ohnehin unverzichtbar für die Partei, und André Brie konnten letztlich ohne dabei persönlichen Schaden zu nehmen als Provokateure auftreten, um die Partei aufzurütteln und Reformwillen nach außen zu signalisieren. Lothar Bisky fungierte als Klammer zwischen der Basis, den Landesverbänden, der Bundestagsgruppe und dem Vorstand. Dies jedoch nicht um einen Kompromiß zu finden, sondern um die gesamte PDS auf den von ihm, Gysi und Brie eingeschlagenen Weg zu bringen. Wer die Auflösung des 'Richtungsstreits' von 1996 nachlesen möchte, dem seien die auf dem 4. Parteitag 1995 verabschiedeten „5 Punkte“ und der von Brie und Bisky gemeinsam verfaßte Strategieaufsatz „Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative“⁹⁹ zu empfehlen.

Schluß

⁹⁶ Vgl. Prantl, Herbert: Der Anfang vom Ende der PDS, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Januar 1995.

⁹⁷ Vgl. Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt (Hrsg.): „LandtagsReport“, Januar 1996, (Interview mit Rainer Trampert), S. 77.

⁹⁸ Vgl. „Kreuzweise“, Kultur-Seiten der PDS Kreuzberg, Nr. 2 - September 1996.

⁹⁹ Vgl. Pressedienst der PDS Nr. 35/ 94, S. 7; „Sozialismus ist Weg, Methode Wertorientierung und Ziel“, in: „Disput“ Nr. 3/4, 1./2. Februarheft 1995, S. 27 und Pressedienst der PDS 8/95.

Der PDS ist es im Richtungsstreit 1996 gelungen, Leuchtraketen abzuschließen, die zwar schon nach kurzer Zeit verpufften, jedoch in der Medienberichterstattung und damit auch in Teilen der Öffentlichkeit sowie bei Politikern anderer Parteien einen nachhaltigen Eindruck hinterließen. Der kurz nach der Jahreswende 1996/97 gestellte Antrag der Kommunistischen Plattform, ein Ausschlußverfahren gegen André Brie zu veranlassen,¹⁰⁰ ist letztlich nur als eine Art verspäteter Silvesterknaller zu werten. Wenige Tage später wurde er nämlich noch rechtzeitig vor dem Parteitag im Januar wieder zurückgezogen. Um einen Klärungsprozeß herbeizuführen, mußte ein Streit vom Zaun gebrochen werden, der dann die Gelegenheit zur Schlichtung und zur Verkündung von Ergebnissen gab.

Die PDS hat sich entschieden und ist aus der Deckung des scheinbaren 'Richtungsstreits' hervorgekrochen. Die Alibi-Formel für einen demokratischen Wandel Reformer gegen Poststalinisten, hinter der sich die PDS bislang verstecken konnte, zählt nun nicht mehr. Für Gysi stellt die PDS keinen Fremdkörper im politischen System der Bundesrepublik mehr dar, doch wolle man als Teil dieses Systems die Bundesrepublik von innen heraus grundlegend verändern.¹⁰¹ Nach dem Parteitag in Schwerin sind auch die politischen Gegner der PDS in die Pflicht genommen, die weiterhin in der PDS vorhandenen demokratiefeindlichen Tendenzen aufs Abstellgleis zu verbannen und die PDS nicht als potentiellen Koalitionspartner aufzuwerten. Denn ein eigentlicher Klärungsprozeß zur DDR-Vergangenheit und zum SED-Unrecht hat weder im 'Richtungsstreit', noch auf dem 5. Parteitag der PDS stattgefunden. Zahlreiche Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die in diesem Beitrag aufgezeigten Widersprüche der PDS von Politikern anderer Parteien teilweise ignoriert werden. Beispielsweise sah der SPD-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, in den Beschlüssen des PDS-Parteitages

¹⁰⁰Vgl. „Die Welt“ vom 10. Januar 1997.

¹⁰¹Vgl. „Disput“ Nr. 1/97, S. 30ff.

eine Abkehr von der „populistischen Seite“ der PDS.¹⁰² Daraus läßt sich die abschließende Aussage treffen, daß die PDS-Führung selbst, und diejenigen Politiker anderer Parteien, die die PDS als Machtopposition für kommende Legislaturperioden be-greifen,¹⁰³ den Ausgang des ‘Richtungstreits’ der PDS positiv aufgenommen haben. Damit ist die in diesem Beitrag erläuterte Strategie der PDS-Führungsriege auf-gegangen.

Literatur

- Augstein, Jakob: Partei der sauren Drops, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. Januar 1997
- Baier, Ulf/ Klein, Oliver/ Pindur, Marcus: „Verfehlte Bündnispolitik“, in: „Berliner Stimme Nr. 20 vom 23. November 1996
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), München 1997
- Bisky, Lothar: Roß und Reiter nennen, in: „Neues Deutschland“ vom 18. Mai 1995

¹⁰²Vgl. „Schweriner Volkszeitung“ vom 21. Januar 1997.

¹⁰³Harald Ringstorff wurde am 23. Februar 1997 per Urwahl gegen zwei selbst im eigenen Landesverband relativ unbekannt Kandidaten von der SPD-Basis mit 79, 94 % der abgegebenen Stimmen zum Spitzenkandidat der SPD für die nächsten Landtagswahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Bei dieser Wahl, die als eine Art ‘Richtungswahl’ galt, wurde der Frage nach einer möglichen Koalition mit der PDS eine große Bedeutung zugemessen. Denn einer der Gegenkandidaten Ringstorffs, Bruno Schuckmann, trat für eine strikte Abgrenzung gegenüber der PDS ein. Ganz anders der jetzt gewählte Ringstorff. Er wolle die Koalitionsfrage bis zur Wahl 1998 zwar offen lassen und nach sachpolitischen Kriterien entscheiden (vgl. „Vorwärts-Regional“ der SPD Mecklenburg-Vorpommern 2/ 97, S22), doch in ersten Stellungnahmen nach seiner eindeutigen Wahl zum Spitzenkandidaten deutete er sein Ziel für 1998 an: Es könne nun mit Elan für die Beendigung der Großen Koalition aus CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern nach 1998 gearbeitet werden (vgl. „Berliner Zeitung“, vom 24. Februar 1997). Nach den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen wäre dies allerdings nur über eine Koalition der SPD mit der PDS möglich.

- Brie, André: „Die SPD hätte uns gern als As im Ärmel“, in: „Stern“ Nr. 32 vom 1. August 1996
- Brie, André: „Wir laufen Gefahr, eine linke Sekte zu werden“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11. August 1996
- Brie, André/ Chrapa, Michael: Wählerpotential der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten, Berlin, 21. November 1996
- „Brief aus Berlin“: Die PDS ist in eine neue Entwicklungsphase eingetreten, in: „Neues Deutschland“ vom 28. November 1996
- Cleven, Thoralf: Parteispitze liebäugelt mit Beteiligung an der Macht, in: „Ostsee-Zeitung“ vom 18. Januar 1997
- Fehrlé, Brigitte: PDS folgt dem Ruf der Macht und soll nach Westen blicken, in: „Berliner Zeitung“ vom 20. Januar 1997
- Fichter, Tilman: Aus dem Glashaus, Rezension zu: Brie, André: Ich tauche nicht ab. Autobiographie, Berlin 1996, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. November 1996
- Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt (Hrsg.): „LandtagsReport“, Januar 1996
- Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997
- Germis, Carsten: Der Kultursprung der PDS in den rheinischen Kapitalismus, in: „Der Tagesspiegel“ vom 4. November 1996
- Ders.: PDS zerrissen zwischen Tolerieren, Koalieren und Opponieren, in: „Der Tagesspiegel“ vom 4. November 1996
- Ders.: Über seinen Parteivorstand kann Bisky ‘nicht meckern’, in: „Der Tagesspiegel“ vom 20. Januar 1997
- Gysi, Gregor: Die PDS steht am Scheideweg, in: Pressedienst der PDS Nr. 24/91 vom 14. Juni 1991
- Ders.: Nachdenken über die PDS und mich, in: „Neues Deutschland“, vom 26. November 1996
- Koslik, Stefan: Zwischen Broiler und Flügel-Ragout, in: „Schweriner Volkszeitung“, vom 18. Januar 1997
- Küpper, Mechthild: Partei in der Partei, in: „Wochenpost“ Nr. 31 vom 28. Juli 1994
- Lieberam, Eckehard: Die PDS und der Integrationsmechanismus des parlamentarischen Systems, in: „Marxistisches Forum“: Quo vadis PDS?, Heft 5
- Liebsch, Helfried: Bisky: Kein Rückzug in Schneckenhäuser, in: „Neues Deutschland“ vom 18./19. Januar 1997

- Modrow, Hans: PDS - auf zu neuen Ufern?, in: Landesinfo PDS/ Linke Liste, Informationen des Landesverbandes Niedersachsen, 4/96 (Juli-September)
- Nawrocki, Joachim: Ganz normal links?, in: „Die Zeit“ vom 28. Oktober 1994
- „Neues Deutschland“ (Hrsg.): „Wie macht sich die Partei nicht überflüssig?“, ND im Club - Streitgespräch zwischen André Brie und Sahra Wagenknecht, Mitschnitt einer öffentlichen Diskussion vom 4. November 1996 in Berlin-Alt Stralau
- Opitz, Olaf: Über den Graben, in: „Focus“ Nr. 50 vom 9. Dezember 1996
- Ostrowski, Christine/Weckesser, Ronald: „Brief aus Sachsen“. Für einen eigenen Weg statt >links von der SPD<, abgedruckt in: „junge Welt“ vom 8. Mai 1996
- Prantl, Herbert: Der Anfang vom Ende der PDS, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Januar 1995
- Preusker, Ingo: Alles nur Theaterdonner, in: „Wochenpost“ Nr. 4 vom 19. Januar 1995
- Rogge, Joachim: Plötzlich waren die Drohungen vergessen, in: „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Januar 1997
- Roll, Evelyn: Ein Fegefeuer der etwas anderen Art, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Januar 1995
- Schwenke, Hans: Der Lack ist ab, in: „Der Stacheldraht“ Nr. 5/1996, Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. - Landesverband Berlin (Oktober/November 1996)
- Seils, Christoph: Kultursprünge, in: „Wochenpost“ Nr. 51 vom 12. Dezember 1996
- Schröder, Richard: Die PDS- zur Struktur einer postkommunistischen Partei, Rundfunkreferat für den SFB 'Focus Politik' (Manuskript)
- Schmidt, Manfred G.: Die Politik des mittleren Weges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/ 90 vom 23. Februar 1990
- Wiedemann, Charlotte: An den Steigbügel, in: „Die Woche“ vom 6. Dezember 1996